

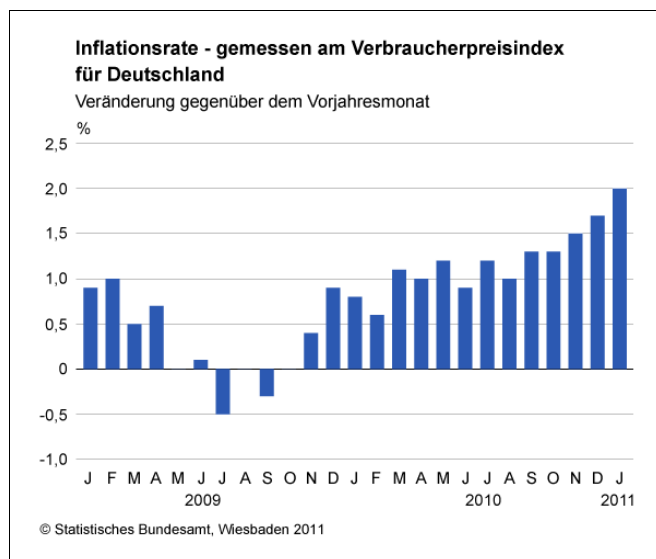
Überschuldung und Geldschwemme Inflation als unvermeidliche Nebenwirkung

Was ist Inflation?

Als Inflation wird gemeinhin der Anstieg des allgemeinen Preisniveaus von Grundstoffen, Waren und Dienstleistungen verstanden.

Im eigentlichen Sinne des Wortes bedeutet Inflation aber die Aufblähung der Geldmenge (Lat. Inflare = Aufblähen).

Zur Berechnung der deutschen Inflation wird vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ein virtueller Warenkorb erstellt und an Hand der Preisveränderung der darin enthaltenen Waren im Vergleich zum Vorjahr die Teuerungsrate berechnet. Aktuell beträgt diese 1,9%.



Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Allerdings bildet diese offizielle Inflationsrate nur den statistischen Warenkorb ab, in dem Güter des täglichen Bedarfs gemessen am monatlichen Einkommen stark unterrepräsentiert sind.

Anteil der Ausgaben am monatlichen Einkommen gemäß offizieller Inflationsberechnung:

- Benzin, Diesel: **3,5%**
- Restaurants, Cafés: **2,9%**
- Nahrungsmittel: **9%**
- Gesundheitspflege: **4%**
- Tabakwaren: **2,2%**

Doch diese Ausgabengewichtung am monatlichen Einkommen ist für viele Haushalte nicht repräsentativ. Der Autor dieser Zeilen muss mittlerweile allein 11,5% seines Monatslohns für Treibstoffkosten aufwenden, nicht 3,5%, wie die Statistiker behaupten.

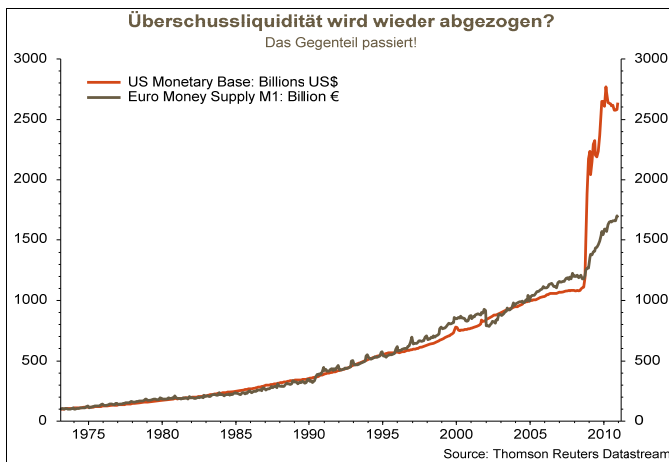
Auch die zuletzt stark angestiegenen Nahrungsmittelpreise spiegeln sich nur unzureichend in der Statistik wieder. Zumindest für Bürger mit durchschnittlichem Einkommen. Auf der anderen Seite behaupten die Statistiker, die monatlichen Ausgaben für Elektronikgeräte lägen in etwa genauso hoch wie die für Benzin und Diesel. Aber wie oft kauft man sich einen Flachbildfernseher für 500 Euro oder einen Sat-Receiver für 50 Euro und wie oft tankt man für mittlerweile 85 Euro pro Tank?

So ermittelte kürzlich das Schweizer Forschungszentrum für Wirtschaftsstatistik eine Teuerungsrate, berechnet nach der Kaufhäufigkeit der Waren, von 5,2% für Deutschland. Das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWA) kommt zu ähnlichen Ergebnissen und erwartet für die nächsten Jahre zweistellige Raten.

Was ist die Ursache der aktuellen Inflationsgefahr?

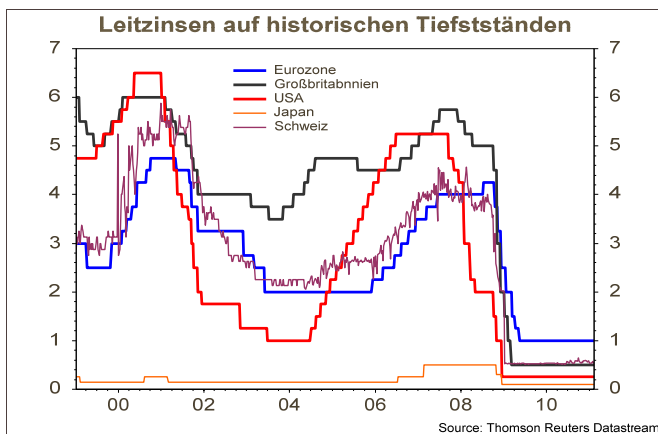
Die aktuelle Inflationsgefahr resultiert hauptsächlich aus den Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanz- und Wirtschaftssystems nach der Bankenkrise 2008 und aus den Maßnahmen zur Vermeidung diverser Staatsbankrotte (z.B. Irland, Island, Ungarn, Ukraine, Griechenland, Großbritannien, Rumänien etc.).

Um die volkswirtschaftlichen Schäden unter Kontrolle zu halten, erzeugten die Notenbanken unvorstellbare Mengen von Geld, um Banken und Staaten zu retten, die von privaten Investoren kein Geld mehr erhielten. Im Gegenzug bekamen die Notenbanken minderwertige Hypothekenscheine und Staatsanleihen übereignet. Dadurch blähten sich die Bilanzen der Notenbanken und die globale Geldmenge massiv auf. Im Vergleich zu 2008 zirkuliert heute mehr als die doppelte Geldmenge im globalen Wirtschaftskreislauf. Dies gilt allerdings nicht für die umlaufende Gütermenge.



Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Gleichzeitig senkten die Geldpolitiker die Leitzinsen auf ein historisch niedriges Niveau, um die Schuldenlast von Banken, Häuslebauern und Staaten überhaupt noch tragbar zu machen.



Quelle: EZB, SNB, BOE, BOJ, US FED, Thomson Reuters

Mit der Kombination aus Geldschwemme und Mikrozinsen wird eine folgenreiche Kettenreaktion in Gang gesetzt:

1. Überflutung der Finanzmärkte mit de facto Gratisliquidität (1% Festzinstender für 12 Monate für Geschäfts- und Investmentbanken).
2. Dynamische Preisanstiege bei Vermögenswerten (Aktien etc.) inkl. aller Rohstoffgattungen.
3. Überwälzung der höheren Preise für Grundstoffe über die gesamte Wertschöpfungskette bis in den Supermarkt/ an die Tankstelle.
4. Gleichzeitiger massiver Anstieg der administrativen Preise wegen leerer Staatskassen.

Warum ergreifen die Notenbanken keine Gegenmaßnahmen?

Wie dramatisch die Schuldenkrise ist, zeigt die Tatsache, dass die Notenbanken sich nicht einmal trauen, die historisch niedrigen Zinsen auch nur auf das Niveau der von ihnen selbst berechneten „Kerninflation“ anzuheben. Mit der Folge, dass die Realzinsen aktuell sogar negativ sind:

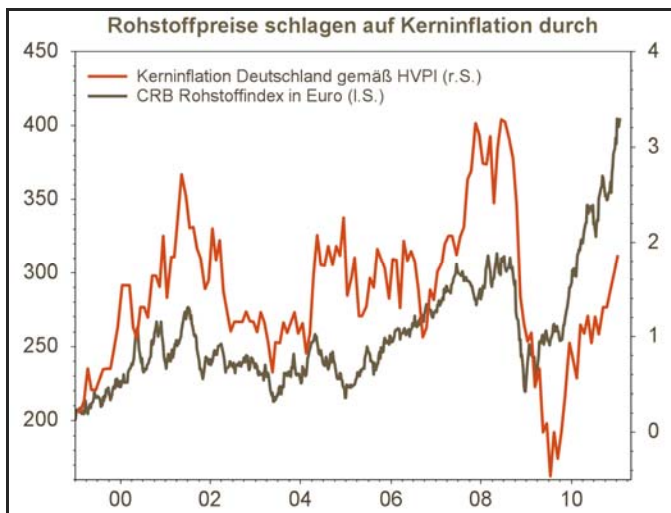


Quelle: destatis, Thomson Reuters

Dieses Phänomen ist in der Wirtschaftsgeschichte äußerst selten und Ausdruck einer künstlichen Verzerrung des Zinsniveaus durch Anleihekäufe der Zentralbanken mit Geld aus der digitalen Notenbankpresse.

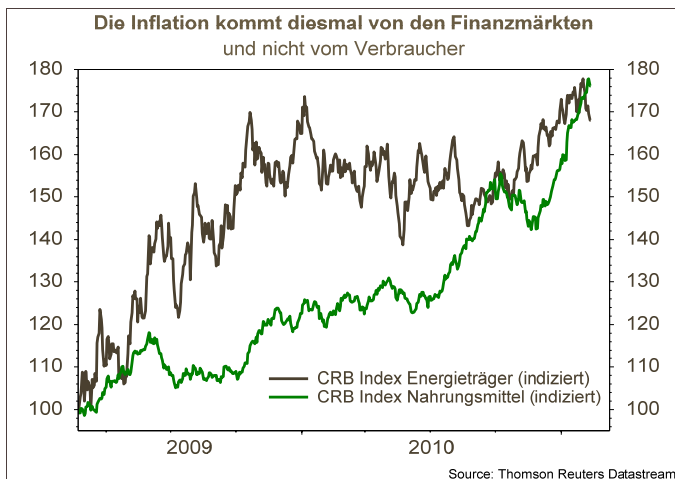
Fakt ist, dass Anleihebesitzer so nach Abzug der Teuerung und der Steuern permanent enteignet werden und sogar die Tilgung der Restschuld im Falle der Schuldenländer (z.B. Griechenland) in den Sternen steht. In der Folge finden zunehmend Umschichtungen in Sachwerte (Aktien, Edelmetalle, Rohstoffe) auf der Jagd nach Rendite und zur Vermeidung von Schuldnerisiken statt. Daraus wiederum resultieren weiter steigende Preise für Grundstoffe.

Der Zusammenhang zwischen steigenden Grundstoffpreisen und steigender Teuerung ist unverkennbar (sogar gemäß offizieller Berechnungsmethode):



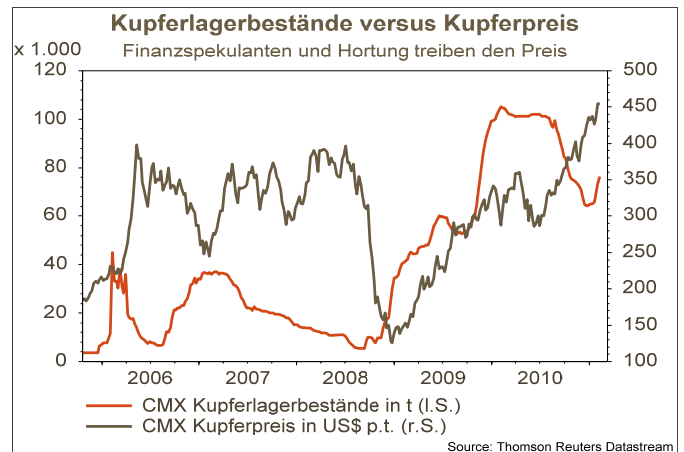
Quelle: CRB, destatis, Thomson Reuters

In den letzten 24 Monaten sind die Preise für Nahrungsmittel und Energie um knapp 70% angestiegen, getrieben durch Spekulation und Hortung.



Quelle: CRB, Thomson Reuters

Dass die höheren Preise nicht wie oft behauptet durch die boomende Weltwirtschaft induziert sind, zeigt das Beispiel des bedeutenden Industriemetalls Kupfer. Parallel zu neuen historischen Preiskorrekturen befinden sich auch die Kupfer-Lagerbestände auf hohen Niveaus, bedingt durch spekulative Hortung. Denn Kupfer ist ein unentbehrlicher Rohstoff und kann, im Gegensatz zu unserem digitalen Giralgeld, nicht beliebig vermehrt werden (ganz ähnlich ist die Situation übrigens bei Rohöl, Aluminium, Gold und Zink).



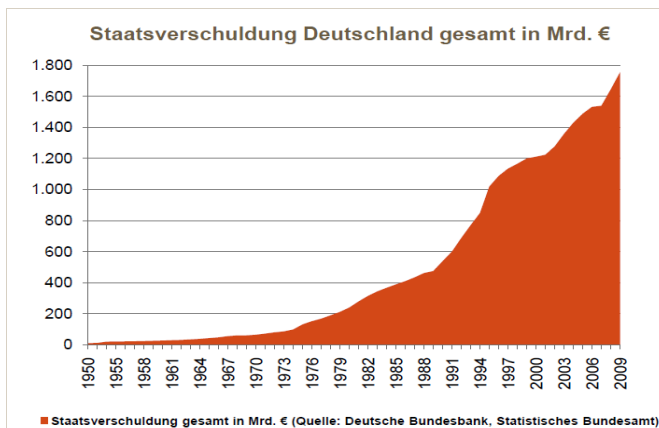
Quelle: Thomson Reuters

In Anbetracht der permanent zunehmenden Staatsverschuldung, auch in Deutschland, und der nach wie vor schwelenden Bankenkrise werden die Notenbanken weiterhin vor massiven Zinssteigerungen zur Inflationsbekämpfung zurückschrecken. Der Bankrott vieler Staaten, Unternehmen und Haushalte (v.a. Hypothekenschuldner) wäre unvermeidbar.

Allein Italien gab 2010 52% seines Staatsbudgets nur für Zinsen aus. In Spanien sind nach wie vor mehr als 90% der Hypotheken auf 12 Monate finanziert. Da bleibt den Geldpolitikern von der Europäischen Zentralbank (EZB) wenig Spielraum für Zinserhöhungen auf ein real positives Niveau zur Inflationsbekämpfung.

Es sei denn, man nimmt eine tiefe Rezession und den beschleunigten Zerfall des europäischen Wirtschaftsraums in Kauf. Dies wäre jedoch politischer Selbstmord und stünde im diametralen Gegensatz zu den bisherigen Maßnahmen der „Währungshüter“.

Fakt ist, dass sogar in dem wirtschaftlich sehr erfolgreichen Deutschland die Schulden exponentiell ansteigen. Selbst in Aufschwungphasen gelingt keine Schuldentilgung mehr. Dagegen steigen die Aufwendungen für Zinsen und Transferleistungen permanent.



Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

Im abgelaufenen Fiskaljahr wurden über ein Viertel der Ausgaben des Bundes über neue Schulden finanziert. Dabei unberücksichtigt sind die diversen Schattenhaushalte (KfW etc.) über die die Banken- und Eurorettungspakete geschultert werden (mittlerweile >125 Mrd. € Bürgschaften nur für die Rettung der bankrotten Hypo Real Estate - HRE).

Wie geht es nun weiter?

In Anbetracht der schleppenden wirtschaftlichen Entwicklung in einigen OECD-Staaten (z.B. USA, Großbritannien, Italien, Spanien etc.) trotz enormer geld- und fiskalpolitischer Stimuli, sind den Geldpolitikern der Notenbanken die Hände in Sachen Inflationsbekämpfung gebunden. In Großbritannien liegt die Inflation bereits bei 3,7% p.a. und die Bank of England selbst erwartet einen Anstieg auf über 5% noch im ersten Quartal. Dennoch traute sich die Notenbank auch bei ihrer jüngsten Zinsentscheidung nicht, den Leitzins in Höhe von 0,5% auch nur leicht anzuheben.

Auch die Überschussliquidität wird von den Notenbanken, anders als versprochen, nicht abgebaut, sondern weiter erhöht. Nach der Bekanntgabe der zuletzt erneut enttäuschenden Arbeitsmarktzahlen aus den USA für Januar äußerte das Mitglied des Offenmarktausschusses der US Notenbank (Federal Open Market Committee), Thomas Hoenig, dass sogar über eine Aufstockung des Wertpapieraufkaufprogramms (QE2) nachgedacht wird, um dem Markt noch mehr Liquidität zur Verfügung zu stellen, bis der Arbeitsmarkt irgendwann auf die Beine käme. Aktuell befindet sich die Arbeitslosigkeit in den USA auch zwei Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise nahe dem historischen Höchststand.

Dies bedeutet für die Finanzmärkte, dass entweder die Konjunktur anspringt und die Kurse ge-

trieben von steigenden Unternehmensgewinnen haussieren oder schlechte makroökonomische Daten zu einer verstärkten Zufuhr des ökonomischen Dopingmittels Zentralbankliquidität führen. Mit dem immer selben Resultat:

1. Vermögenspreisinflation (Aktien, Rohstoffe)
2. Güterpreisinflation

Die gerade in der Entstehung befindliche Spekulationsblase an den Finanzmärkten wird weiter aufgeblasen, inklusive der Rohstoffpreise. Die Inflation wird unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung und unabhängig von der Lohnentwicklung weiter steigen. Die Preissteigerungen für Importwaren in Deutschland lassen diesbezüglich einiges erahnen, sie liegen bereits deutlich im zweistelligen Bereich gegenüber dem Vorjahr.

Kann es dennoch zu einem erneuten Crash kommen?

Ein nochmaliger deflationärer Schock wie im Sommer 2008 oder in Europa im Mai 2010 ist sehr unwahrscheinlich, da die geldpolitischen „Instrumente“ zur sofortigen Reflationierung bereit stehen und politisch mittlerweile akzeptiert sind (Gewöhnungseffekt).

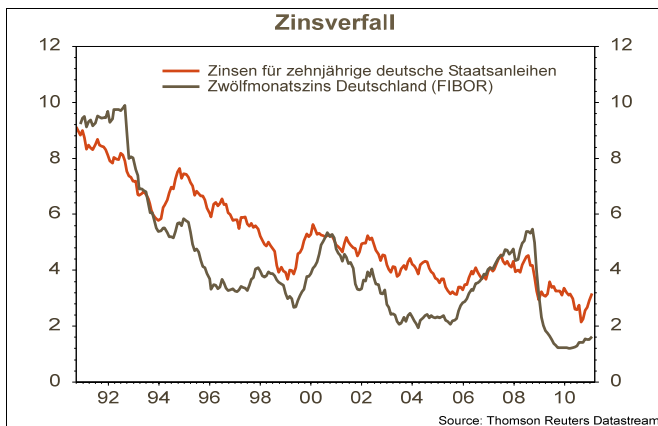
Lediglich kurze Rückschläge sind möglich, bis entsprechende Maßnahmen zur erneuten massiven Stimulierung der Märkte und der Realwirtschaft von den Notenbanken avisiert werden.

Auch die überstressten Budgets der Staaten ändern an diesem Szenario nichts, da die Notenbanken alleine in der Lage sind, die globale Geldmenge unendlich zu erhöhen, trotz Sparprogrammen der Fiskalpolitik.

Der amtierende US-Notenbankchef Ben S. Bernanke beschrieb diese Tatsache wie folgt: „Wir verfügen über theoretisch unbeschränkte monetäre Ressourcen“. Klartext: Geld spielt keine Rolle.

Wie kann ich meine Kaufkraft schützen?

Anders als in den letzten Jahrzehnten funktioniert dies nicht mehr mit festverzinslichen Wertpapieren oder Finanzprodukten, die diese Papiere enthalten (Kapitallebensversicherungen, Sparbuch, Festgeld etc.). Der Ertrag (Zinskupon) wird schlicht von der Inflation und den Kapitalertragssteuern (Abgeltungsteuer) aufgeessen.



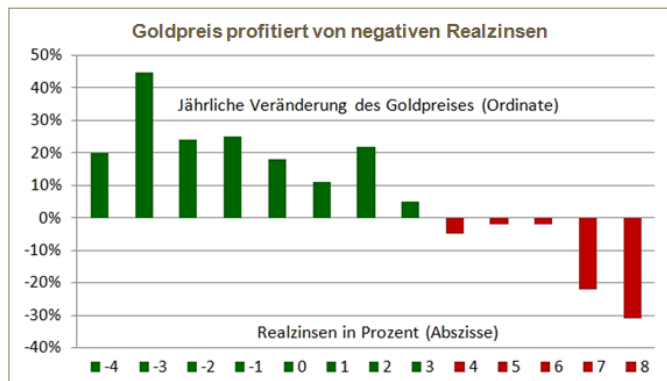
Quelle: Thomson Reuters

Darüber hinaus drohen mittlerweile sogar bei Staatsanleihen Umschuldungen. Dies bedeutet im besten Fall den Ausfall von Zinszahlungen, im schlimmsten Fall den Totalverlust.

Langjährige Studien belegen, dass vor allem Sachwertinvestments vor hoher Inflation schützen. Zieht man die empirischen Daten der letzten drei Inflationsphasen (inkl. Ölkrise) heran, so konnten folgende Anlagen ihren realen Wert deutlich besser halten als Bargeld und Anleihen:

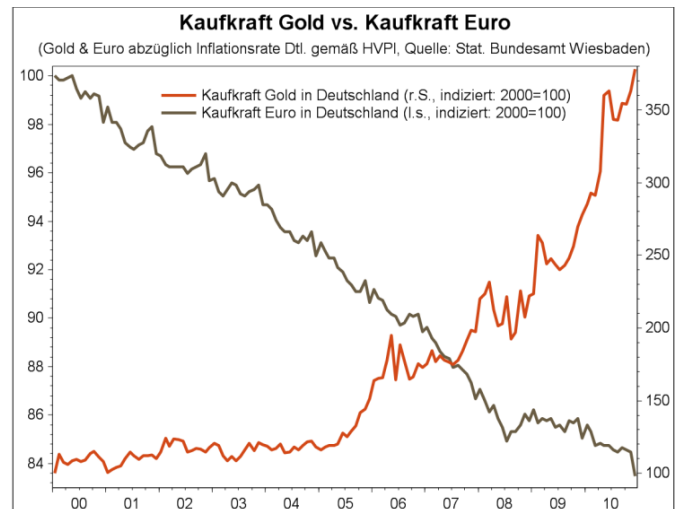
- Produktivkapital (Aktien, Beteiligungen etc.)
- Immobilien
- Rohstoffe
- Edelmetalle
- Fremdwährungen (harte Währungen)

Findet die Inflation in einem Umfeld niedriger Zinsen statt, sind v.a. knappe aber zinslose Ressourcen stark gefragt (Rohstoffe und Edelmetalle).



Quelle: Bloomberg, Deutsche Bank (Daten: 1973-2008)

Wie gut zum Beispiel Gold im aktuellen Edelmetallzyklus die Kaufkraft gegenüber dem Euro erhalten konnte, zeigt folgende Zeitreihe.



Quelle: Statistisches Bundesamt, Thomson Reuters

Noch interessanter ist aktuell nur das Zwittermetall Silber, das neben einer sechstausend Jahre alten Tradition als Geldmetall auch noch ein mittlerweile unentbehrliches Industriemetall geworden ist.

Fazit:

Die makroökonomische Gemengelage lässt keinen anderen Schluss zu, als dass die Erosion der Kaufkraft unseres ungedeckten digitalen Giralgeldes mit zunehmender Geschwindigkeit fortschreitet.

Die beste Möglichkeit, sein Vermögen gegen diesen Prozess zu schützen, sind Investitionen in substanzstarke Aktien, knappe Rohstoffe, solide Immobilien und monetäre Edelmetalle. Über die Beimischung von Fremdwährungen kann ebenfalls nachgedacht werden, sofern diese von Volkswirtschaften emittiert werden, die rohstoffreich und schuldenarm sind, z.B. der Kanadische Dollar (CAD) oder die Norwegische Krone (NOK).

Disclaimer

Die VSP Financial Services AG übernimmt keine Haftung für die Verwendung des vorliegenden Dokuments oder seines Inhaltes. Alle Informationen und Daten in diesem Dokument stammen aus Quellen, die der Herausgeber zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Dokuments für zuverlässig erachtet. Trotzdem kann keine Gewähr für deren Richtigkeit, Genauigkeit, Vollständigkeit und Angemessenheit übernommen werden - weder ausdrücklich noch stillschweigend.

Dieses Dokument stellt weder ein Angebot zum Kauf oder Verkauf irgendeines Wertpapiers dar, noch enthält es die Grundlage für einen Vertrag oder eine Verpflichtung irgendeiner Art.

Keinesfalls stellt dieses Dokument eine Anlageberatung dar und kann eine solche auch nicht ersetzen. Investitionsentscheidungen müssen auf Grundlage des Verkaufsprospektes erfolgen, der von dem Emittenten genehmigt und bei der zuständigen Wertpapieraufsicht hinterlegt ist. Sie dürfen nicht auf Grundlage des vorliegenden Dokuments erfolgen. Die besprochenen Investments können für den einzelnen Anleger, je nach Risikoklasse, Anlageziel und finanzieller Lage, unpassend sein. Jeder Leser, vor allem jeder Privatanleger, ist dringend gehalten, sich vor jeder Investitionsentscheidung umfassend zu informieren und vor der Erteilung einer Order den Ratschlag der Bank, des Brokers oder des Investment- respektive Vermögensberaters einzuholen.

Die VSP Financial Services AG ist nicht verantwortlich für Konsequenzen, speziell für Verluste, welche durch die Verwendung oder die Unterlassung der Verwendung aus den in diesem Dokument enthaltenen Ansichten und Rückschlüsse folgen könnten. Zurückliegende Wert-, Preis- oder Kursentwicklungen geben keine Anhaltspunkte auf die zukünftige Entwicklung des Investments. Die VSP Financial Services AG übernimmt keine Garantie dafür, dass der angedeutete Ertrag oder die genannten Kursziele erreicht werden.

Es ist möglich, dass die VSP Financial Services AG, ein verbundenes Unternehmen, Anteilseigner, Führungskräfte oder Angestellte Käufe oder Verkäufe in einem in dieser Publikation beschriebenen oder damit verbundenen Wertpapieren, Rohstoffen, Fonds oder Unternehmen tätigen oder getätigt haben oder in anderer Weise Anteile an Unternehmen, Rohstoffen oder Fonds dieser Publikation hält. Nähere Informationen enthalten die Hinweise nach § 34b WpHG.

Dieses Dokument und die darin enthaltenen Informationen sind in Großbritannien nur zur Verteilung an Personen bestimmt, die berechnete Personen oder freigestellte Personen im Sinne des Financial Service Act 1986 oder eines auf seiner Grundlage erfolgten Beschlusses sind oder an Personen, die in Artikel 11 (3) des Financial Services Act 1986 (Investment Advertisement - Exemptions) oder 1996 in der derzeit gültigen Fassung beschrieben sind. Anderen Personen

oder Personengruppen darf dieses Dokument weder direkt noch indirekt übermittelt werden.

Dieses Dokument darf weder direkt noch indirekt in die USA oder Kanada oder an US-Amerikaner oder eine Person, die ihren Wohnsitz in Kanada hat, übermittelt werden, noch in deren Territorium gebracht oder verteilt werden.

Die Verteilung dieses Dokuments und der darin enthaltenen Informationen in andere Gerichtsbarkeiten kann durch Gesetz beschränkt sein und Personen, in deren Besitz dieses Dokument gelangt, sollten sich über etwaige Beschränkungen informieren und diese einhalten. Jedes Versäumnis, diese Beschränkung zu beachten, kann eine Verletzung der US-amerikanischen oder kanadischen Wertpapiergesetze oder der Gesetze einer anderen Gerichtsbarkeit darstellen.

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts: Robert Vitye

Die Reproduktion, Veränderung oder kommerzielle Nutzung des Dokuments und seines Inhaltes ist untersagt und ist ohne vorherige schriftliche Einwilligung seitens der VSP Financial Services AG unzulässig. Die VSP Financial Services AG kann gegenüber Jedermann jederzeit ohne Angabe von Gründen die sofortige Unterlassung der Weitergabe des Dokuments verlangen.

Urheberrecht

Die in diesem Dokument veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede ungenehmigte Vervielfältigung, auch auszugsweise, ist unstatthaft. Nachdruckgenehmigungen kann der Herausgeber erteilen.

VSP Financial Services AG
Borsigstr. 18, D-65205 Wiesbaden
Mail: info@vsp.ag

Registergericht: Amtsgericht Wiesbaden
Registernummer: HRB 23551

Steuernr.: 043 247 87054